

Voller, Tapeszierer u. Portefeuller Zeitung

Organ

des Deutschen Voller, Tapeszierer u. Portefeuller Verbandes

Inserate kost. die sechsersp. Nonp.-Zeile 60 Pf.

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüdenstraße 10 b^{III}

Fernsprecher: Amt Doriopol Nr. 2120

Erscheint alle 8 Tage

Auf zur Reichstagswahl!

Am 4. Mai hat das deutsche Volk es in der Hand, über sein Geschick in den nächsten Jahren einen mitbestimmenden Einfluß zu erlangen. Wer sich am 4. Mai nicht aufrüstet, zur Wahlurne geht und sozialistisch wählt, soweit er das 20. Lebensjahr vollendet hat, der macht sich mitschuldig, daß eventuell wieder eine reaktionäre Mehrheit in das Reichsparlament einziehen kann.

Die Mitglieder der Gewerkschaften müssen sich vor allen anderen Volksgenossen klar darüber sein, daß sie unbedingt zur Wahlurne gehen müssen. Geht es doch letzten Endes um alle Erzeugnisse der Organisation, um den Preis der Arbeit von Jahrzehnten. Siegt bei den Reichstagswahlen am 4. Mai die Reaktion, dann ist die Erhaltung der Republik und ihrer Verfassung aufs äußerste gefährdet.

Die Reaktionen brennen förmlich darauf, eine monarchische Regierung zu errichten, die Weimarer Verfassung zu beseitigen und die sozialpolitischen Gesetze aufzuheben. Die breiten Volksmassen haben von einem Siege der Reaktion nur die alten Unterdrückungsmethoden: Ausbeutung, Rechtslosigkeit, Vergewaltigung, schlechte Behandlung zu erwarten.

Aber nicht nur in der inneren Politik würde ein Sieg der Reaktion schwere Nachteile bringen, auch außenpolitisch würden verhängnisvolle Komplikationen daraus entstehen. Erinnern wir uns nur daran, welche Folgen eintrat, als Erzberger, als Rathenau ermordet wurden, als das freisprechende Urteil im Münchener Faschistenprozeß bekannt wurde! Das Zustand beobachtet scharf alle reaktionären Bewegungen in Deutschland, weil daraus logischerweise nur neues Unheil entspringen würde. Das Ausland kann nur Vertrauen zu einem Deutschland haben, das demokratisch-freieilich regiert wird. Nur ein republikanisch-demokratisches Deutschland ist eine Sicherheit gegen neue kriegerische Verwicklungen. Nur eine republikanische Regierung wird die Befehlshaber dahin zu bringen vermögen, daß diese ihren Teil zu den Reparationspflichten Deutschlands beitragen und die besetzten Gebiete baldigst wieder freigegeben werden.

Deshalb muß jeder, ob Weib, ob Mann, der am 4. Mai 20 Jahre alt ist, zur Wahlurne gehen und seine Stimme abgeben für den Sozialismus.

Am 4. Mai muß jeder Wahlberechtigte möglichst früh nach dem Wahllokal seines Wohnbezirks gehen. Dort erhält er den amtlichen Stimmzettel und den amtlichen Umschlag. Auf dem amtlichen Stimmzettel sind die Spitzenkandidaten aller Parteien, die für den Wahlkreis zugelassen sind, verzeichnet und neben jeder Gruppe befindet sich ein Kreis.

Der Wähler hat in den Kreis, der bei seiner Parteigruppe steht (z. B. VSPD.), ein Kreuz mit dem Bleistift zu machen.

Dann ist der Stimmzettel in den Umschlag zu stecken, dem Wahlortsteher zu übergeben, der ihn in die Wahlurne steckt.

Auf zur Wahl am 4. Mai!

Die Reorganisierung unserer Einnahmen — eine Kampfmaßnahme

In den letzten drei Ausgaben unseres Fachorgans wurde die Frage der Neufundamentierung unseres Verbandes recht eingehend besprochen. Wenn vor zirka sechs Wochen uns die Dinge noch wenig eilig erschienen, so erfordert die augenblickliche Lage ein sehr schnelles Handeln. Der Vorstand hat sich des-

halb entschlossen, eine Konferenz zu berufen, in der vornehmlich die Neuordnung der Beiträge und die Wiedereinführung der sozialen Unterstützungen im Vordergrund der Ausprache stehen. Aus einer Reihe taktischer Momente verbietet es sich von selbst, in allzu ausführlicher Weise sich darüber zu verbreiten. Auf der anderen Seite wäre es verfehlt und eine Verleumdung an den Interessen unserer Mitglieder, die Dinge so treiben zu lassen, wie sie wollen, und den Kopf in den Sand zu stecken. Oft genug ist darauf schon hingewiesen worden, daß die Inflation die Gewerkschaften stark geschwächt hat. Der materielle Verlust mußte sehr oft ausgeglichen werden durch Verdoppelung der Energie im Ringen mit dem Unternehmer. Wenn wir die vier Monate des neuen Jahres im Zeichen der neuen Währung zurückblicken, so dürfen wir stolz auf die musterghltige Haltung unserer Mitglieder sein. Trotz Knappheit der Mittel hat man sich gut geschlagen, aber auf die Dauer läßt eine solche Taktik in ihrer Wirkung nach. Sie muß um so eher nachlassen, als weite Kreise unserer Mitglieder kein Verständnis zeigen für die Frage, wie ihre eigenen Interessen am besten gewahrt werden. Die Selbsteinschätzung der Mitglieder in die zuständige Beitragsklasse zeigt eine mehr als gefährliche starke Tendenz nach unten statt nach oben. Der Grundsatz: „ein Stundenlohn — ein Beitrag“ hat elend Schiffbruch gelitten. Mehr wollen wir darüber nicht jagen!

Die Umstellung der Beiträge kann aber aus mancherlei Gründen nicht auf die Friedensgrundlagen gestellt werden und können wir zum Einheitsbeitrag nicht zurückkehren. Unsere Industrieorganisation umfaßt eine große Anzahl von Gruppen, die in ihren Einkommen sich stark unterscheiden. Deshalb müssen wir beim Klassenbeitrag bleiben, jedoch die Zahl der Klassen stark einschränken. Die Einteilung auf die verschiedenen Klassen kann aber nur beruht auf der nach Altersklassen gesehen, so daß die Wahlfreiheit in der Beitragsleistung aufgehoben ist, so wie es früher war.

Mit einem solchen System werden wir wieder das, was wir waren und was wir sein müssen: eine gut fundierte Kampforganisation. Auf den Einwurf, daß zum Kampfen eine gut disziplinierte Truppe gehöre, gebe ich nicht ein, weil dieses eine Binsenwahrheit ist. Aber auch hier kann nicht alles getan werden, was unbedingt notwendig ist, wenn nicht die finanziellen Vorbedingungen dafür geschaffen werden.

Der übergroße Teil unserer Mitglieder wartet aber auf die baldige Wiedereinführung der sozialen Unterstützungen. Diese Wünsche sind durchaus berechtigt, aber zuerst müssen die Grundlagen geschaffen werden, die uns die Auszahlung wieder ermöglichen. Als wir 1903 diese Unterstützungen einführt, haben unsere Mitglieder vorher 52 Wochen einen erhöhten Beitrag zahlen müssen, um den nötigen Fonds zu schaffen. Heute denken wir natürlich nicht an eine solche lange Karenzzeit, aber eine gewisse gesunde Beitragsleistung auf eine näher zu bestimmende Zeit muß der Wiedereinzahlung der Unterstützungen vorausgehen.

Ebenso wenig sind wir mit dem jetzigen Zustand der Zeitungsgabe an unsere Mitglieder zufrieden. Unsere Fachzeitung ist das vornehmste Bindeglied zwischen Mitgliedschaft und Organisation, daher ist die obligatorische Lieferung eine Notwendigkeit. Hierzu sind aber Mittel notwendig, und auch deshalb ist eine Reform der Beiträge dringend geboten.

Sobald die Konferenz sich auf diesem Gebiet verständigt, wird am 1. Juli diese Umstellung erfolgen, auf daß auch wir wieder kalkulieren können.

Um diese Zeit, also am 11. Mai, werden wir auch klar sehen in der Frage der Erneuerung der Lederwarentarife und werden auch hier die Vertreter die Entscheidung zu treffen haben.

Wir rufen der Konferenz ein Glück auf zu und erwarten einen vollen Erfolg. P. Baum.

Gewerkschaften und Reichsregierung über Lohnpolitik und Währung.

„Aufrechterhaltung der Währung“ ist das neueste Schlagwort der Vereinigten Unternehmerverbände, mit dem Deffentlichkeit und Reichsregierung für die Niedrighaltung der Arbeiterlöhne eingefangen werden sollen. Die Hungerlohnpolitik wird als erstrebenswertes Wirtschaftsprinzip aufgestellt. Dagegen haben die gewerkschaftlichen Spitzenverbände in gemeinsamer Eingabe am 11. April d. J. bei der Reichsregierung protestiert und am 19. April nahmen Vertreter dieser Organisationen Gelegenheit, in mehrstündiger Aussprache mit der Reichsregierung die Auffassung der Gewerkschaften über die von den deutschen „Wirtschaftsführern“ seither betriebene Lohnpolitik darzutragen. Es besteht die große Gefahr, daß die von den Unternehmern geforderte Niedrighaltung der Löhne zur Vermeidung einer neuen Inflation in der Reichsregierung eifrige Förderer findet. Tatsächlich hat die Regierung die Parole der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände bereits anlässlich der Lohnverhandlungen für die Reichsarbeiter befolgt. Die Schlichtungsbehörden halten sich in der Regel an die Ergebnisse gerade dieser Lohnabmachungen gebunden, und auf diese Weise wird das Lohnniveau aller Arbeitnehmer ganz allgemein auf dem medizinischen Existenzminimum gehalten.

Dieses Existenzminimum ist auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge zu beobachten, wo trotz erheblicher Steigerung der Beiträge und auch der Lebenshaltungskosten noch immer keine Erhöhung der Unterstützungssätze angeordnet ist. Reichsregierung und Unternehmer sind nun einmal dem gefährlichen Irrtum verfallen, daß eine allgemeine Lohnerhöhung eine erneute Inflation zur Folge haben müsse. Diese Einstellung führt letzten Endes zur Förderung der einseitigen Interessenpolitik der Unternehmer und zu ungeahnten wirtschafts- und sozialpolitischen Konsequenzen für die gesamte Volkswirtschaft.

Kollege Spießet wies in der Aussprache über die Lohnpolitik insbesondere darauf hin, daß die Löhne der deutschen Arbeiter fast durchgehend nur einen Bruchteil gegenüber den Auslandsöhnen betragen, die deutschen Warenpreise dagegen weit über den Weltmarktpreisen liegen. Mit den heute üblichen Löhnen kann aber die Produktion in Deutschland nicht in Gang gebracht werden. Mit dem Zusammenbruch der Papiermark war eine riesige Arbeitslosigkeit verbunden, die Konsumkraft wurde infolge dessen bedeutend eingeschränkt. Nicht zusammengebrochen sind die Unternehmungen, die zahllosen Banken und Handelsgeschäfte. In der öffentlichen Diskussion hatte man den Zusammenbruch der nicht genügend fundierten Unternehmungen vorausgesehen. Die Konfursstatistik in den letzten Monaten beweist das Gegenteil. Zusammengebrochen sind nur die Lohnempfindler, während Industrie und Handel vermöge ihres ununterbrochenen Uebergewinnes sich glänzend aus dieser Situation gerettet haben. Diese Unternehmungen haben sich allerdings nur halten können durch hohe Gewinnquoten. Es wurden übermäßige Risikoprämien, Unternehmer-, Handels- und Bankzuschläge in die Produktionskosten hineinkalkuliert, während der Lohnanteil wesentlich unter dem der Vorkriegszeit blieb. Wie hoch diese Zuschläge bzw. Risikoprämien sind, beweist am anschaulichsten die Tatsache, daß zum Beispiel die amerikanische Automobilindustrie, trotzdem sie Löhne zahlen muß, die ein Vielfaches der deutschen Löhne ausmachen, die deutsche Konkurrenz auf dem deutschen Weltmarkt unterbietet und sie vielleicht dauernd fernhält. Deshalb ist es völlig falsch, von einer Inflationsgefahr durch Lohnerhöhung zu reden. Die deutsche Wirtschaft muß umorganisiert werden, die parasitären Betriebe, die sich nur auf Kosten von Internationalmarktöhnen halten, müssen ausgeschlossen werden. Diese Betriebe können ihre Existenz nur aufrechterhalten mit Hilfe der in Deutschland betriebenen Kartell- und Kreditpolitik. Damit werden nicht allein die Warenpreise künstlich hochgehalten,

sondern es wird darüber hinaus jeder Anreiz zur Vervollkommnung der Technik und zur rationellen Ausnutzung der Betriebe gewaltsam unterbunden. Besonders begünstigt wird diese „Wirtschaftsführung“ durch die unheilvolle Kreditwirtschaft der Banken, die geradezu den Anreiz gibt zu einer neuen Inflationswirtschaft.

Die Vereinigung der Wirtschaft von überflüssigen Existenzen im Unternehmertum, insbesondere im Handel, die technische Umstellung der Wirtschaft in die rationellste Organisation der Warenproduktion und Verteilung ist aber nur möglich durch die Steigerung der Löhne und durch eine gesunde Kreditgewährung. Werden die Kredite nur zu produktiven Zwecken gewährt, dann ist jede Inflationsgefahr ausgeschlossen. Der Vorwurf, daß die deutschen Unternehmer mit den niedrigen Löhnen ein soziales Dumping treiben, hat bereits zu empfindlichen Abwehrmaßnahmen der einzelnen Länder geführt. Die so schnellst herbeigewünschte aktive Zahlungsbilanz wird durch solche Lohnpolitik planmäßig verhindert. Deshalb muß die Reichsregierung im Interesse der deutschen Volkswirtschaft alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die Kaufkraft aller Lohnempfänger zu erhöhen.

An der folgenden Aussprache nahmen teil der Finanzminister Dr. Lütcher, Reichsarbeitsminister Brauns, Reichswirtschaftsminister Hamann und der Vizeminister Dr. Jorres. Der Finanzminister sah in der allgemeinen Steigerung der Löhne eine neue Inflationswelle, die unbedingt verstopft werden müsse. Nicht von der Staatswirtschaft, sondern von der Privatwirtschaft aus drohe diesmal die Gefahr einer Inflation. Wie ungünstig die deutsche Wirtschaft im allgemeinen stehe, beweisen die Aktienkurse. In der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage, wie sie von den Gewerkschaftsvertretern vorgetragen sei, bestehe allgemein die gleiche Auffassung auch in der Regierung. Die Regierung will aber durch die Senkung der Warenpreise die Erhöhung der Kaufkraft der Löhne und Gehälter erreichen. Dazu soll eine zweckentsprechende Kontrolle der Ein- und Ausfuhr einsehen, die Kartellwirtschaft soll nach den Darlegungen des Reichswirtschaftsministers weiter beobachtet und in der Kreditwirtschaft Kredite nur zu produktiven Zwecken gewährt werden. Auf die Privatwirtschaften durch Zwangsmaßnahmen direkt einzuwirken, habe sich im abgelaufenen Jahre als erfolglos erwiesen. Alles hänge ab von der endgültigen Regelung der Reparationsfrage, die in aller Kürze zu erwarten sei. Bis dahin trage die Regierung die große Verantwortung für die Erhaltung der Währung. Daran mitzuhelfen, daß diese Inflation verhindert werde, sei auch eine Aufgabe der Gewerkschaften. Das schließe nicht aus, daß Lohnerhöhungen nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit der einzelnen Unternehmen gewährt würden. Auf die Löhne der Reichsarbeiter kann sich die Arbeitgeberseite nicht berufen, denn die Reichsarbeiter sind an einen Etat gebunden, während die Privatwirtschaft die Konjunkturen ausnutzen könne.

Die Notwendigkeit der Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung wurde anerkannt, jedoch gingen die Auffassungen der Regierung und der Gewerkschaftsvertreter über das Maß dieser Erhöhung sehr stark auseinander. Mehrere forderten angesichts der Notlage der Erwerbslosen eine ganz wesentliche Erhöhung. Währungspolitische Bedenken brauchten um so weniger zu bestehen, als bei der derzeitigen Höhe der Pflichtbeiträge die Kosten der Erwerbslosensicherung im wesentlichen aus den Beiträgen gedeckt werden. Der Finanzminister warnte demgegenüber vor einer wesentlichen Steigerung der Unterstützung, weil trotz der augenblicklichen Besserung des Arbeitsmarktes die Gefahr einer Verschlechterung desselben bestehe. Damit würden vermehrte Ansprüche an die Reichs- und Landesfinanzen gestellt. Andererseits sei auch von dieser Seite her der Anreiz zu einer neuen Inflationswelle gegeben. In der weiteren Aussprache wurde zugesagt, daß die Frage schnellstens im Kabinett geprüft wird, wobei den Forderungen der Gewerkschaften weitmöglichst Rechnung getragen werden soll.

Nachdem die Unternehmer sich mit Händen und Füßen gegen jene Maßnahme zur Gesundung der Wirtschaft mit aller Macht wehren, die Arbeiter sich noch größere Einschränkungen in der Lebenshaltung nicht auferlegen können, bleibt nur der eine Weg übrig, überall den Kampf aufzunehmen um die Erhöhung des Lohnanteils, um die Beteiligung der parasitären Existenzen im Unternehmertum. Mit Aussicht auf Erfolg können diese Kämpfe nur dann geführt werden, wenn die gesamte Arbeiterkraft einsteht, daß sie fest geschlossen in den Gewerkschaften zusammenhalten müssen.

Wirtschaftsaufbau und Arbeit!

Nur Arbeit, und zwar „Mehrarbeit“ kann uns retten, so lautet kurz und bündig die Formel, welche die Unternehmer als das Allheilmittel preisen, das Deutschland zur Gesundung führen soll. Aus diesem Grunde der Kampf gegen den Wirtschaftsentzug, verbunden mit einer planmäßigen Lohnbrüderlei. Von einer Herabsetzung der Verkaufspreise merkt

man indes nichts, im Gegenteil, die Preise werden neuerdings erneut hochgetrieben, so daß bereits befürchtet wird, daß uns in Kürze eine neue Inflation heimsuchen könnte. In Wirklichkeit sind die Unternehmer aber zurzeit nur darauf bedacht, den Betrieb mit der billigsten Arbeitskraft in Gang zu halten und die technische Vervollkommnung der Betriebsführung wird vernachlässigt.

Es finden sich aber doch hier und da auch aus bürgerlichen Kreisen Leute, die das Produktionsproblem von einer anderen Seite betrachten, was die Unternehmer im allgemeinen bisher geistlich unterlassen haben.

In der „Kölnischen Volkszeitung“ vom 3. April dieses Jahres wird ausgeführt, daß die bisherige Wirtschaftspolitik mehr darauf eingestellt war, durch die Inflation Gewinne zu erzielen. Ihr war es darum zu tun, durch den Umsatz und die Verteilung der Güter Spekulationsobjekte auszunützen, die planmäßige Vermehrung der Volksgüter war Nebensache.

Es haben sich, um solche fast mühelosen Gewinne einheimen zu können, eine ganze Menge Menschen als Spekulanten und Warenhändler betätigt, die sich nur auf Kosten der Gesamtwirtschaft ernährten, zu der sie durch eigene produktive Arbeit nicht das mindeste beigetragen haben.

Aus der produktiven Wirtschaft zogen sich so eine Menge Kräfte zurück und trugen dazu bei, das Chaos in unserer Wirtschaft unheimlich zu vergrößern.

Werbe

Und leise
wie der Frühling kommt bei Nacht -
und auch den kleinsten, ärmsten Garten jung
und froh und blühen macht
gehe still zu jedem einzelnen und sage:

Einer allein kann es nicht! Auch nicht
hundert!
Wir müssen alle mithelfen! Groß und klein!
Jeder in seiner Weise!
Und guter Wille ist schon halber Sieg!

Clara Pfaffhufen.

Durch diese Verschiebung in der Bevölkerung wurden dem Produktionsprozeß eine Menge von Arbeitskräften entzogen, so daß tatsächlich zeitweilig ein Mangel an Arbeitskräften in verschiedenen Berufszweigen vorhanden war.

Durch die Stabilisierung unserer Währung ist dieser schädliche Verschiebungsprozeß in der Bevölkerung zum Stillstand gebracht worden. Gleichzeitig trat aber auch der Beamtenabbau durch die staatlichen Organe in Erscheinung und die Unternehmer begünstigten sich durch zahlreiche Entlassungen von Arbeitern und Angestellten.

Im Interesse der Volkswirtschaft wäre es nötig, alle arbeitsfähigen Menschen zu beschäftigen und im Produktionsprozeß unterzubringen, um möglichst viel Güter erzeugen zu können. Weder Widerspruch ist es, zu behaupten, wir müssen mehr arbeiten, um mehr Güter zu erzeugen und dennoch zu gleicher Zeit viele Tausende von Menschen aus der Produktion zu entfernern?

Durch Herabdrückung der Löhne und verlängerte Arbeitszeit des Restes der im Produktionsprozeß Beteiligten ist es keinesfalls möglich, die Gütererzeugung zu steigern und die Gesundung unserer Wirtschaft herbeizuführen. Unser Wirtschaftskörper wird von unzähligen Parasiten geplagt; es wäre notwendig, einmal einen gründlichen Reinigungsprozeß vorzunehmen und das Ungeziefer restlos zu vernichten. Im Handel und Verkehr, überhaupt in allen Geschäftszweigen, die sich mit der Güterverteilung und Gebzirulation befassen, ist eine so große Ueberzahl von Menschen vorhanden, daß eine Masse umgeschichtet werden muß. Die Zeit scheint reif dafür zu sein, daß der Staat selbst die Initiative ergreift und dafür sorgt, daß den Industrien, der Landwirtschaft die Arbeitskräfte zugeführt werden, die halb und ganz brach liegen.

Eine weitere Notwendigkeit im Produktionsprozeß ist die Umstellung des Preisprinzips. Großer Umsatz, keiner Nutzen, muß der Grundzins werden.

Die Abgabemöglichkeit einer Ware auf dem Weltmarkt hängt ab von ihrer Güte und ihrer Billigkeit. Qualität und billiger Preis einer Ware sind Voraussetzungen für größten, verstärkten Absatz. Das Beispiel des Automobilfabrikanten Henry Ford beweist der Welt, daß Güte und Billigkeit nicht erzielt werden durch überlange Arbeitszeit und niedrige Löhne, sondern umgekehrt durch technische Vervollkommnung und rationelle kaufmännische Betriebsführung.

Das deutsche Unternehmertum freilich klammert sich an das alte Rezept der niedrigen Löhne, der Überlangen Arbeitszeit. Und um dieses rückständige Prinzip aufrechtzuerhalten, mußte der ganze staatliche Apparat darauf eingestellt werden. Wir haben diese Einstellung der deutschen Unternehmer schon oft genug festgestellt. Niedere Löhne sind gleichbedeutend mit schwächster Kaufkraft und geringster Konsumfähigkeit der lohnarbeitenden Massen. Was das für den Inlandsmarkt zu bedeuten hat, scheint sich das Unternehmertum nicht völlig klar gemacht zu haben. Es bedeutet eben verringerten Warenabsatz, also Produktionsverminderung, Störung der Wirtschaft.

Und Arbeitszeitverlängerung bedeutet unnützen Verschleiß menschlicher Arbeitskraft, Schwächung der Arbeitsfreudigkeit und Leistungsfähigkeit der durch die Arbeitszeitverlängerung Betroffenen. Das Interesse der im Betrieb Tätigen wird nicht gestärkt, sondern geschwächt, wenn nicht ganz erstickt durch überlange Arbeitszeit.

Auch der Gesehungsfaktor Lohn wird in dem oben erwähnten Artikel gestreift. Der menschliche Produktionsfaktor sei nur zum Teil für die Höhe und den Preis der Produktion maßgebend, dem löchlichen Anteil kommt die gleiche Bedeutung zu. Die Aufgabe des Betriebsführers sei es nicht, der Entwicklung der Volkswirtschaft die Wege zu verbauen und nur darauf bedacht zu sein, daß der Betriebsinhaber oder die Aktionäre ihre Rente unge schmälert erhalten.

Es ist kein Geheimnis, welchen Tendenzen die Unternehmerverbände huldigen: bei allen Maßnahmen ist die Sicherung der Kapitalrente die Hauptsache. Die juristisch geschulten Sanjszi dürfen auch ein gut Teil dazu beigetragen haben, daß die Unternehmerverbände sich derartig eingestellt haben, wie wir es jetzt erleben.

Werden wir es noch erleben, daß diese Kreise sich darauf einstellen, daß die menschliche Arbeit im Interesse der Allgemeinheit organisiert wird und nicht einseitig im Interesse des Profits der Kapitalisten?

• Versammlungen und Agitation.

In fast ununterbrochener Reihenfolge wird in der Gewerkschaftspresse immer wieder auf die Notwendigkeit hingewiesen, neue Mitglieder zu werben, sie aufzuführen, zu tätigen, überzeugten Mitarbeitern und Mitkämpfern zu erziehen! In den letzten Jahren ist die Agitation nicht mehr so zielbewußt und planmäßig betrieben worden, wie es in früheren Zeiten üblich war. Es lag das an den bekannten Verhältnissen, auf die nicht näher eingegangen zu werden braucht.

In früheren Zeiten wurde außer der üblichen Agitation vom Mund zu Mund, durch das Verbandsorgan und die Mitgliederversammlungen auch des öfteren einmal eine besondere Agitation mit außergewöhnlichen Mitteln, Haus- und Werkstattagitation mit nachfolgender öffentlicher Versammlung veranstaltet, um die noch fernstehenden Berufsgenossen auf die Organisation aufmerksam zu machen und dafür zu gewinnen.

Diese Propagandamittel sind in den letzten zehn Jahren nicht mehr so zur Anwendung gelangt, wie es früher der Fall war. Kurz, die Agitation und Werbearbeit für den Verband hat recht sehr nachgelassen. Dieser Mangel wird sich wohl kein Verbandsmitglied verschließen können, dem wirklich daran gelegen ist, daß sein Verband wieder blüht und gedeiht!

Ist dem aber so, dann ist es die Pflicht aller daran ernstlich Interessierten, auf Mittel und Wege zu sinnen, wie das Interesse der Gesamtorganschaft wieder belebt und zu neuen Taten angeregt werden muß.

Vor allen Dingen scheint mir eines not zu tun, das Interesse unserer Mitgliedschaften an dem Besuch der Versammlungen muß neu angeregt werden. In den lehterangegangenen Jahren war es meistens recht übel damit bestellt. Ein erheblicher Teil der Mitglieder blieb den Versammlungen deshalb fern, weil meistens politische Streitfragen verhandelt wurden, die gar nicht in eine Gewerkschaftsversammlung gehörten, weil diese Fragen in diesem enger Rahmen überhaupt nicht gelöst werden können. Da hörte man dann Äußerungen fallen, daß es sich gar nicht lohne, die Versammlungen noch zu besuchen, nur um die Reden politischer Phantasten mit anzuhören, die selbst nicht einmal wissen, was sie eigentlich wollen.

Wenn man dazu die Art und Weise in Betracht zieht, in welcher diese Auseinandersetzungen stattfinden, und die übrigen Belegereignungen, Äußerungen des Beifalls oder Mißfallens, in Formen, für welche jeder parlamentarisch zulässige Ausdruck fehlt, so daß manche Versammlungen oft geradezu tumultuarischen Charakter annehmen, dann wird jeder ehrliche Gewerkschaftler zustimmen, wenn wir sagen: Es ist hohe Zeit, wieder zur Selbstbestimmung zu kommen und unsere gewerkschaftliche Tätigkeit zu konzentrieren auf konkrete gewerkschaftliche Ziele.

Unsere Mitgliederversammlungen müssen endlich wieder zur Stärke werden, wo die Mitglieder über gewerkschaftliche Fragen Aufklärung finden; wo sie Erhebung, Selbstvertrauen und Sicherheit, Stärkung für den Kampf in der Werkstatt finden; wo in ihnen das Vertrauen zu der Organisation und ihren Zielen, ebenso zu ihren berufenen Führern nicht systematisch untergraben, sondern neu gefestigt wird.

Die Versammlungen dürfen nicht weiter zum Lummelplatz wüster Leidenschaften gerathen, sie müssen im Gegenteil wieder Stätten gestiteter Auseinandersetzungen werden. Die Versammlungen müssen Bildungszentren werden, wo in sachlicher Belehrung und Beratung alle aktuellen Fragen der Gewerkschaft geklärt und die Wege und Mittel gefunden werden, die wir gebrauchen im Kampfe um unsere Existenz und zum weiteren kulturellen Aufstieg.

Denn wir wollen nicht nur vegetieren, um zu existieren, wir wollen vollwertige Kulturmenschen sein und müssen deshalb auch zu höheren Lebensformen gelangen.

Jeder Versammlungsredner, ganz gleich, ob in Werkstatt, Branchen-, Vertrauensmänner- oder Vollversammlungen, muß sich der Verantwortung bewußt werden, die er als Redner auf sich nimmt.

Die Wirkung, die so mancher Redner mit seinen Ausführungen erzielt, mag nicht immer von ihm beabsichtigt, noch weniger mag er sich ihrer Tragweite voll bewußt sein. Das kann aber nicht als Unschuldigung gelten, wenn dadurch der Verband enorm geschädigt wird. Es ist in dieser Hinsicht so viel gefährlich worden, daß so mancher seiner freivolten, verbandsschädigenden Reden halber aus dem Verband ausgeschlossen zu werden verdient, wenn man feststellen möchte, daß er sich dessen voll bewußt ist, was er gesagt hat.

In den Versammlungen ist fraglos in den letzten Jahren so viel geschieden, daß es gar nicht möglich ist, einen strengen Maßstab anzulegen. Breiten wir also den Mantel der Barmherzigkeit darüber, und bemühen wir uns doppelt, den entstandenen Schäden bestens auszubilden.

Wenn eine Versammlung einberufen wird, dann geschieht das immer zu einem bestimmten Zweck, der vorher wohl überlegt werden muß. Immer muß dabei der leitende Gedanke sein, das Interesse des Verbandes zu fördern, was selbstverständlich gleich ist dem Interesse jedes einzelnen Mitgliedes. Der Einberufer — das ist fast ausschließlich der Verbandsfunktionär — resp. die Ortsverwaltung muß also von vornherein darauf bedacht sein, daß dieser Zweck erreicht wird und alle Maßnahmen, die das fördern können, dazu treffen. Schon das Referat muß formal und inhaltlich das Berichtigende und alles zu vermeiden suchen, was davon ablenken kann. Der Vorlesende der Versammlung wiederum sollte Wert darauf legen, daß sich die nachfolgenden Redner an das Thema halten, das erörtert wurde.

Sehr oft, so man darf sagen mit geringen Ausnahmen, gehen die Ausreden bis ins Uferlose, indem manche Sprecher ganz willkürlich vom Thema abschweifen, wozu es ihnen beliebt. Dadurch werden die Teilnehmer an der Versammlung verwirrt, und der Zweck, zu dem die Versammlung einberufen wurde, wird selten erreicht.

Es muß dahin gestrebt werden, daß sozusagen wieder mehr Zug hineinkommt, mehr Klarheit, mehr Bewußtsein und Verantwortlichkeit unseren Handlungen zugrunde gelegt wird.

In den größeren Verwaltungsstellen ist heute kein Mangel mehr an redelustigen und redelustigen Mitgliedern. Ja, es wird sehr oft an manchen Plätzen viel zu viel geredet, und so mancher meint, wenn er nur Worte spricht und sich selber reden hört, wunder was er für ein großer Geist ist. Auch in dieser Hinsicht zeigt sich der Meister in weiser Selbstbeschränkung und Selbstzucht. „Es trägt Verstand und rechter Sinn mit wenig Kunst sich selber vor,“ sagt Goethe. Daher sollte man nur reden, wenn man Förderliches zu sagen weiß.

In kleinen Verwaltungsstellen ist natürlich das vorstehend Gesagte nicht zutreffend. Hier wird es wohl meistens an Persönlichkeiten fehlen, die es verstehen zu reden oder gar einen durchdachten Vortrag zu halten. Da ist ein Mangel zu beheben, während in den größeren Orten der Ueberfluß gedämpft werden muß. In den Großstädten finden sich meistens eine ganze Anzahl intelligenter Menschen zusammen, die auch genügend rednerische Fähigkeiten besitzen. Ihre Informationen freilich beziehen sie aus mannigfaltigen Quellen, so daß dann eben jenes bunte Wortgewimmel zustande kommt, das unsere Gesamtbewegung so sehr verflacht und herunterwirksamer.

In der Kleinstadt muß im Gegensatz hierzu Wert darauf gelegt werden, die geistig am besten begabten Mitglieder ausfindig zu machen und sie anzuregen, ihre Weiterbildung systematisch zu betreiben, damit ein tüchtiger, kampffähiger Nachwuchs zur Mitarbeit für unsere Organisation und für die allgemeinen kulturellen Ziele der Arbeiterbewegung gewonnen wird.

Um dieses anzuregen, dazu gehören keine besonderen Bestreife, sondern nur ein wenig Verstand und Mutterwitz. In jeder Verwaltungsstelle gibt es wohl Bibliotheken, wenn nicht eigene, so doch beim Gewerkschaftsamt oder bei anderen größeren Verbänden. Auf jeden Fall findet man hier Rat und Beistand in allen diesen Fragen, und wohl auch die erforderlichen guten Bücher, die man zur Ausarbeitung eines Vortrags oder zur Vorlesung bedarf. Es gibt auch genug Stoff in der Verbandszeitung, der zum Gegenstand der Besprechung dienen kann. Wenn eine solche Nutzen haben soll, dann ist es aber vor allem notwendig, daß der Vorleser oder Vortragende den Inhalt selbst genau erfährt hat. Er muß eben vorher alles gewissenhaft durchnehmen und durchdenken.

Es ist das auf jeden Fall besser und wirkt fruchtbringender, als wenn in den Versammlungen aller mögliche Tratsch und Klatsch aus den Werkstätten zum Ausrat gebracht wird.

Es läßt sich noch vieles darüber sagen, wie unter Versammlungsleben wieder besser gestaltet werden kann. Wer etwas dazu beitragen kann, es neu zu beleben und zu befruchten, soll sein Licht nicht unter den Scheffel stellen.

Es müßte der Ehrgeiz eines jeden Arbeitgebers sein, höhere Löhne zu zahlen als seine sämtlichen Konkurrenten, und das Streben jeden Arbeitnehmers, diesen Ehrgeiz praktisch zu ermöglichen. Natürlich sind in jedem Betriebe Arbeiter zu finden, die scheinbar von der Voraussetzung ausgehen, daß jede Mehrleistung lediglich zum Vorteil des Unternehmers beiträgt. Schade, daß ein solcher Glaube überhaupt möglich ist. Aber er besteht tatsächlich und vielleicht sogar nicht ohne Berechtigung. Wenn der Unternehmer seine Leute dazu antreibt, ihr Bestes zu tun, und die Leute entdecken nach einer Weile, daß der Lohn ausbleibt, so werden sie ganz natürlich in ihren Schandbrüden zurückfallen. Der Arbeitgeber wird niemals dadurch gewinnen, daß er seine Angestellten vor sich Kneue passieren läßt und sich dabei die Frage stellt: „Wieweit vermag ich ihre Löhne zu drücken?“

Was verstehen wir denn überhaupt unter hohen Löhnen? Wir verstehen darunter höhere Löhne als vor zehn Monaten oder vor zehn Jahren gezahlt wurden, keineswegs aber einen höheren Lohn, als er von Rechts wegen gezahlt werden müßte. Die hohen Löhne von heute können in zehn Jahren niedrig sein.

Wird von jemand verlangt, daß er seine Zeit und seine Energie für eine Sache hergibt, so sorge man dafür, daß er keine finanziellen Schwierigkeiten hat. Es wird sich lohnen. Unsere Gewinne beweisen, daß trotz anständiger Löhne und einer Prämienzahlung, die sich vor Änderung unseres Systems auf rund zehn Millionen Dollar jährlich belief, „hohe Löhne das Einträglichste aller Geschäftsprinzipien sind.“

Henry Ford in: Mein Leben und Werk.

Achtstundentag und Internationales Arbeitsamt!

Von großer Bedeutung für den Kampf, den die deutsche Arbeiterklasse gegenwärtig um die Erhaltung des Achtstundentages zu führen hat, sind Verhandlungen, die in diesen Tagen vor dem Internationalen Arbeitsamt in Genf stattgefunden haben. Der Direktor des Amtes, Albert Thomas, wies im Laufe der Verhandlungen auf die internationale Bedeutung der Arbeitszeitfrage hin und sagte:

„Die Verlängerung der Arbeitszeit in Deutschland hat notwendigerweise Rückwirkungen auf die Produktion und soziale Situation der anderen Länder. Nach den Bestimmungen des Friedensvertrages könnte das Arbeitsamt nur dann offiziell bei der deutschen Regierung intervenieren, wenn die Konvention von Washington von Deutschland ratifiziert wäre. Aber da es die Aufgabe hat, die Einrichtung einer internationalen Sozialgesetzgebung zu versuchen, so ist es natürlich verpflichtet, mit aller Aufmerksamkeit die Situation zu untersuchen, die durch die Verlängerung des Achtstundentages in Deutschland allgemein geschaffen wurde.“

Wir fällt bei diesem Punkt mancherlei auf. Zuerst einmal, so ernst auch die Anstrengungen genommen werden müssen, die auf eine Verlängerung des Achtstundentages in Deutschland hingen, so ist man doch in Deutschland selbst und ganz besonders im Ausland verlorst, die Größe der Gefahr zu überstreben. Bei der letzten Verwaltungsratsfassung hörten wir, wie Belpart die Gründe auseinanderlegte,

die ihn nicht nur hoffen ließen, das Prinzip des Achtstundentages aufrechterhalten zu können, das in vielen Kollektivverträgen verankert ist, sondern auch eine Verminderung der Ueberstunden zu erreichen. Die Arbeiter erklärten, wie sehr sie mit einer Wiedererstarkung der deutschen Gewerkschaften rechnen, damit diese Hoffnung verwirklicht werden könnte. Es scheint mir jedoch auf jeden Fall notwendig, genaue Statistiken aufzustellen, die auf Grund unparteiischer Untersuchungen den augenblicklichen Stand der Frage sicher angeben. Man kennt sie noch zu wenig.

Andererseits erscheint es mir zweifelhaft, ob die Verlängerung der Arbeitszeit die Vermehrung der Produktion sichert, die die deutsche Regierung zur Bezahlung der Reparationen für notwendig hält. Die Arbeitervertreter haben gegen die Tatsache schärfsten Protest erhoben, daß die Arbeiterklasse allein die Kosten und Lasten der ausgiebigeren Produktion tragen sollte.

Aber was mir heute besonders schwerwiegend erscheint, das sind die Anstrengungen, die man in der Metallindustrie macht, um endgültig das System der drei Achtstundenschichten durch das von zwei Zwölfstundenschichten zu ersetzen. Das Gelingen dieses Planes würde einen solchen Schlag gegen das Prinzip des Achtstundentages bedeuten, daß die Folgen äußerst gefährlich werden könnten. Ich füge hinzu, daß ein Angriff in diesem Punkte mir um so bedauerlicher erscheinen würde, als gerade im selben Augenblick die Vereinigten Staaten fast in der gesamten Metallindustrie die Einführung des Systems der drei Achtstundenschichten beschlossen haben. Die deutschen Gewerkschaften werden sich auf dieses Beispiel stützen können und so die außerordentlich große Gefahr zu beschwören vermögen, die von dieser Seite dem Prinzip des Achtstundentages droht.“

Zum Schluß wies Albert Thomas darauf hin, daß die letzte Verwaltungsratsfassung getragen war von dem Geiste einer vollkommenen Veröhnlichkeit. Man hat im Vertrauen gearbeitet und zum Behen der Interessen eines jeden. So konnte man, ohne die geringsten Schwierigkeiten sich über die Lösung besonders heikler Fragen, wie über die eventuelle Vertretung des Saargebietes in der Arbeitsorganisation sehr gut einigen werden. Und das, so schloß Albert Thomas, ist für die Zukunft der internationalen Zusammenarbeit eine gute Vorbedeutung.

Der Sturm auf den Achtstundentag wird überall entfesselt.

Achtstundentag und Alkoholverbot. Seit 1919 hat das französische Arbeitsamt Erhebungen über die Nutzung der Freizeit der Arbeiter angestellt. In Verbindung damit wurde festzustellen versucht, ob die Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeiter veranlaßt, längere Zeit in Schenken zuzubringen und ob die Trunkenheit zugenommen hat, da während der Verhandlungen über das Achtstundentaggesetz diesbezügliche Befragungen von einigen Arbeitgebern geäußert wurden. Die Erhebungen ergaben jedoch eine entgegengesetzte Annahme des Alkoholverbrauches bei der Arbeiterklasse, die durch die Arbeitszeitverkürzung veranlaßt wurde, mehr als früher ihr Interesse an Heimgärten, Sport, Berufsbildung und Bibliotheken zu nehmen. Zur Abnahme des Alkoholverbrauchs beigetragen hat außerdem die bedeutende Preiserhöhung alkoholischer Getränke, das Verbot der Eröffnung neuer Schenken, die Verschärfung der Strafen bei öffentlicher Trunkenheit usw., wie die Propagandätätigkeit durch Schulen und Arbeiter- und Unternehmerorganisationen. Das Fernbleiben von der Arbeit an Montagen und nach Feiertagen ist seltener geworden, und das allgemeine Verhalten der Arbeiter, namentlich der jugendlichen, hat sich gebessert. Die Disziplin in den Betrieben ist seit Einführung des Achtstundentages als sie vordem war.

Schon im Jahre 1833 entwarf Robert Owen einen Katechismus, in welchem Frage 14 lautet:

Warum sollst du die Arbeitszeit auf höchstens acht Stunden beschränken?

Die Antwort lautet:

1. Weil es die längste Periode physischer Anstrengungen ist, welche das Menschengeschlecht — wenn man den Durchschnitt nimmt und den Schwächeren die Existenzrechte ebenso zugestehen wie dem Stärkeren — ertragen kann, um gesund, intelligent, tugendhaft und glücklich zu sein.
2. Weil die modernen Erfindungen in Chemie und Mechanik eine längere Periode physischer Anstrengungen unnötig machen.
3. Weil bei achtstündiger Arbeitszeit unter geeigneten Einrichtungen ein Ueberfluß an Reichtum für alle geschaffen werden kann.
4. Weil der Mensch kein Recht hat, von seinen Mitmenschen zu verlangen, daß sie länger arbeiten sollen, als für die Gesellschaft im allgemeinen gut ist, nur damit er reich werde dadurch, daß er viele arm macht.

5. Weil es das wirkliche Interesse jedes menschlichen Wesens ist, daß jedes andere menschliche Wesen gesund, intelligent, zufrieden und reich sei.

Der amerikanische Industrielle und Milliardär Henry Ford in seinem Buche „Mein Leben und mein Werk“:

... körperliche Mängel bilden keinen Grund für die Ablehnung eines Arbeitstuchenden. Dieser Grundsatz trat am 12. Januar 1914 in Kraft zugleich mit der Festsetzung des Mindestlohnes von 5 (später 6) Dollar den Tag und einer achtsündigen Arbeitszeit. Daran anschließend knüpfte sich die Bestimmung, daß auch niemand auf Grund körperlicher Mängel entlassen werden dürfte, ausgenommen natürlich bei anstehenden Krankheiten.

Die absolute Voraussetzung für hohe Leistungsfähigkeit und ein humanes Produktionsverfahren sind saubere, helle und gutgelüftete Fabrikräume... die Schuheinrichtungen an den Maschinen sind ein Kapitel für sich. In unseren Augen gilt keine Maschine — mag sie noch so leistungsfähig sein — als brauchbar, die nicht absolut sicher ist.

Fabrikarbeit braucht keineswegs gefährlich zu sein. Wenn der Arbeiter zu schwer und zu lange arbeiten muß, kommt er in einen Zustand geistiger Erschlaffung, der Unglücksfälle direkt heraufbeschiedet. Ein Teil der Aufgabe, Unglücksfälle zu verhüten, besteht in der Vermeidung dieses Geisteszustandes. Keiner unserer Leute ist überarbeitet.

Gewöhnlich stellt sich heraus, daß die Erleichterung der Arbeit für den Arbeiter zugleich eine Verminderung der Produktionskosten mit sich bringt. Unfähigkeit und Rentabilität sind in der Tat eng miteinander verknüpft.

Neuabschlüsse von Tarifverträgen.

Tapezierergewerbe.

Für Groß-Hamburg wurde am 10. April laufend bis 28. Februar 1925 mit den dortigen Arbeitgebergruppen ein Tarifvertrag abgeschlossen. Arbeitszeit täglich 8 Stunden. Ueberstundenzuschlag 33% Proz., Sonntagsarbeit 50 Proz., Nachtarbeit ab 4. Stunde 100 Proz. Arbeitsvermittlung durch staatlichen Nachweis. Die Berechnung der Akkordarbeit ist so zu gestalten, daß 15 Proz. über den Lohn verdient werden können. Für Außerhalbarbeiten sind Spesen festgesetzt. Ferien nach einem Jahr 4, steigend bis 7 Tage.

Nürnberg. Vertrag vom 9. April 1924 bis 15. Februar 1925. Wöchentliche Arbeitszeit 48 Stunden. Ueberstundenzuschlag bis 25 Proz. Ferien nach einem Jahr 3, steigend je Jahr um einen Tag bis 6 Tage. Arbeitsvermittlung städtischer Nachweis.

Wilhelmshaven. Tarif ab 15. April mit 14tägiger Kündigung. Arbeitszeit 48 Stunden. Ueberstundenzuschlag. Akkordarbeit verboten. Urlaub 3 Tage. Mindestlohn 58 für Vollarbeiter. Leistungsfähige mehr.

Berlin. Zelte- und Planbranche. Arbeitszeit wöchentlich 48 Stunden. Ueberstundenzuschlag 35 Proz. Nacht- und Sonntagsarbeit 100 Proz. Arbeitsvermittlung nur paritätischen Nachweis. Ferien nach halbjähriger Beschäftigung 3, ein Jahr 5, nach zwei Jahren 7 Tage. Für Montagearbeit 10 Pf. pro Stunde Zuschlag. Tarifsdauer vom 5. April 1924 bis 28. Februar 1925.

Austritt aus der Unternehmerorganisation entbindet nicht von Tarifvertragspflichten.

Die Bohmann-Werke und die Firma Wittkop u. Comp., beide in Bielefeld, waren aus dem Verband der Lederwarenindustrie für Rheinland und Westfalen gegen Ende des Jahres 1923 ausgetreten. Damit glaubten sie sich jeder Pflicht, die tariflichen Bestimmungen betreffend, entbunden. Am 21. 12. führten sie auf Grund des Arbeitszeitgesetzes für 30 Tage Mehrarbeit ein, ohne dafür 25 Proz. Zuschlag zu bezahlen. Am 2. 4. beschäftigte sich der Schlichtungsausschuß in Barmen mit dieser Sache. Dieser beschloß, daß die beiden Firmen die Mehrarbeit mit 25 Proz. Zuschlag zu vergüten haben. Die Kosten von 80 Goldmark trägt jede Firma zur Hälfte.

Aus den Urteilsgründen ist beachtlich, daß der für allgemein gültig erklärte Tarifvertrag auch für solche Firmen gilt, die daran nicht beteiligt sind. Dieser bestimmt im § 3 Abs. 7, daß Ueberzeitarbeit mit 25 Proz. zu vergüten ist. Das Arbeitszeitgesetz überläßt die Lohnregelung aber ausdrücklich den Parteien im Wege des Tarifvertrages. Der Gesetzgeber überläßt die Regelung der Ueberstundenbezahlung ausdrücklich den Beteiligten.

Die Firmen hatten sich auf die Metallarbeiter berufen, die Mehrarbeit ohne Ueberstundenzuschlag leisten. Dazu wird im Urteil bemerkt, daß es in gemischten Betrieben kein Uebing sei, wenn ein Teil der Arbeiter Ueberstundenzuschläge erhält, ein anderer nicht; das freie Spiel der Kräfte bringe das mit sich.

Lohnsteigerung im Monat April 1924.

Lederwarenindustrie. (Lohn des Facharbeiters über 23 Jahre).

Berlin, ab 25. April 65, Dresden, ab 10. April 54, Hannover, ab 20. März 55, München, ab 21. März 55, Offenbach, ab 21. März 60, Leipzig, ab 18. Februar 58, Hamburg, ab April 65, Nürnberg, ab 22. April 56, Baden, ab 21. März 52 Pf., Stuttgart, ab 25. April 60 Pf.

Treibriemenindustrie (Lohn des Sattlers über 22 Jahre).

Berlin, ab 30. März 68, Hamburg, ab 16. April 68, ab 7. Mai 73, Chemnitz, Dresden, Leipzig, Plauen, Zwickau, ab 1. April 54, Hannover, ab 3. März 50 Pf. Tapezierergewerbe (Lohn des ältesten Facharbeiters). Berlin, ab 16. April 75, Hamburg, ab 4. April 75, Spezialarbeiter 85, Düsseldorf, ab 1. April 75, Spezialarbeiter 81, Köln, ab 4. April 76, Nürnberg, ab 5. April 60, Dresden, ab 4. April 55 Pf.

Die Arbeitslosigkeit Ende März 1924 im Verband der Sattler, Tapezierer und Portefeuller.

Von 212 Verwaltungsstellen mit ca. 42 000 Mitgliedern haben 116 mit 33 586 Mitgliedern berichtet. 96 Verwaltungsstellen haben nicht berichtet. Am letzten Arbeitstage im März waren 2047 Mitglieder = 6,1 Proz. arbeitslos, darunter waren 390 weibliche. Verfügt arbeiteten:

Table with 4 columns: Stunden, Zahl der Arbeiter männl., weibl., Zusammen. Rows: 1-8, 9-16, 17-27, 25 und mehr. Totals: 272, 54, 326.

Cohnbewegungen und Streiks.

Lederwarenindustrie.

Schlesien. Der über vier Wochen anhaltende Kampf geht weiter. Berlin. Die Aussperrung bei Goerz ist beendet.

Wainz. Seit dem 15. April stehen 250 Mitglieder im Ausstand.

Fahrzeugindustrie.

Die Aussperrung in Barel ist beendet. In Mannheim sind 180 Kollegen ausgesperrt.

Hameln. Lohnstreik.

Tapezierergewerbe.

Elberfeld-Barmen, Remscheid und Wermelskirchen. Ausstand mit Erfolg beendet. Königsberg. Tarif- und Lohnstreik dauert weiter.

München. Seit 14. April wegen Arbeitszeit und Lohn im Streit.

Nürnberg. Lohnstreik (Firma Schäfer). Nürnberg. Die Aussperrung bei Prasser und Ficht geht weiter.

Die Aussperrung auf den Werften in Bremen, Hamburg, Kiel, Lübeck und Wilhelmshaven, an der unsere Kollegen beteiligt sind, geht weiter.

Treibriemer.

Danzig. Wegen Lohnstreik im Kampf. Halbtätige Jugend nach den Orten fern!

Korrespondenzen.

Braunschweig. Versammlung vom 1. April. Als erster Vorkühender wurde Kollege Sobrowik gewählt. Die Kollegen der Sattlerbranche sind einig, zwecks Lohnsteigerungen in Verhandlungen zu treten. Der Lohn der Tapezierer ist 55 Pf. Grundlohn, in einigen Werkstätten 58 und 60 Pf. pro Stunde. Der im Verbandsorgan erschienene Artikel betreffs Wiedereinführung der sozialen Unterstufungen wurde besprochen. Einstimmig angenommen wurde folgende Resolution:

„Die Wiedereinführung der sozialen Unterstufungen im Verband kann zu der jetzigen Zeit nicht das Wichtigste sein, sondern höhere Aufgaben müssen in den Gewerkschaften zur Debatte stehen, z. B. die Erhaltung des Achtstundenlages. Wichtig ist auch, daß jeder Kollege wieder im Besitz seiner Verbandszeitung kommt; es muß möglich sein, für einen Stundenbeitrag die Zeitung wie früher zu liefern.“

Nachdem wurden noch einige Fragen, wie den Achtstundentag nicht durch Ueberstunden zu durchlöchern, da noch einige arbeitslose Kollegen unterzubringen sind, erledigt. Anwesend 65 Kollegen. Seefeld.

Verbandsnachrichten.

In der Woche vom 4. bis 10. Mai ist der 19. Beitrag fällig.

Es ist das mindeste, was von jedem Verbandsmitglied erwartet werden kann, die fälligen Beiträge pünktlich zu entrichten.

Das ist Ehrensache!

Wer seiner Organisation die Beitragszahlung verweigert, nimmt ihr den Betriebsstoff!

Achtung. Monatsstatistik.

Wir eruchen alle Verwaltungsstellen, die graue Monatsberichtsarte bis zum 5. Mai einzusenden. Es müssen auch die Orte berichten, die keine Arbeitslosen am Ort haben.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Gaggenau wird der Kollege Wendt König, Sattler, auf Grund des § 4 Abs. 2 des Statuts aus dem Verband ausgeschlossen.

Wer die Adresse von Rich. Gölm, Sattler, kennt (Karte Nr. 84850) wird ersucht, diese an Kurt Ranz in Genthin, Goethestraße 7, einzusenden. Er soll in Berlin arbeiten. Ortsverw. Brandenburg.

Versammlungskalender.

Köln a. Rh. Mittwoch, den 7. Mai, abends 7 Uhr, Volkshaus, Saal 1: Volkerversammlung. Dortmund. Freitag, den 9. Mai. Hamburg. Generalversammlung am Freitag, den 8. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Sterbefaßel.

Berlin. Am 22. April verstarb unser Kollege Otto Kahlow, Sattler, Mitglied seit 1905, im Alter von 56 Jahren. Danzig. Im Alter von 18 1/2 Jahren starb am 8. April Karl Jedmanowski, Tapeziererlehrling. Gleiwitz. Hier starb Ende März unser Vorkühender Ferdinand Feier im Alter von 52 Jahren. Hamburg. Im Alter von 38 Jahren starb Georg Schmidt. — Am 17. April starb im Alter von 60 Jahren Otto Braach, Treibriemer. Köln a. Rh. Am 13. April starb im Alter von 40 Jahren der Riemenmacher Rudolf Reiner. München. Im Alter von 46 Jahren starb Kollege Karl Sumpff, Sattler. Seit 1896 Mitglied, war er besonders in Ulm und München für die Organisation tätig. Er war Mitbegründer und Geschäftsführer in der Genossenschaft der Sattler. Ehre ihrem Andenken!

10-15 tältige Lederarb. bei hohem Stundenlohn, n. d. l. unter 60 Pf., und 8tältiger Arbeitszeit sofort gesucht. Melde-scheiben werden vergütet. Vergütliche Postler- und Ledermeisterfabr. Hermann Debaug, Wermelskirchen.

Kundenschuttler oder Borarbeiter, welcher eine tadellose Rundschutt nur selbständ. herstellen kann für dauernde Stellung gesucht. Leder-u. Riemenwerke Gebr. Weerlin, Alten-Gesellschaft, Frankfurt a. Main - Bonames.

Wir suchen nach sofortigen Eintritt mehrere gelernte ledige Riemer in angenehme Stellung und gute Bezahlung. Meldegeheild bereit. Gebr. Bannert, Treibriemenfabr., Elmilshausen, Sa.

14tältige Sattler Lederstoffe suchen für sofortigen Eintritt. Franz Heine & Co., Lederwarenfabr., Dresden-N. 8, Iff, sucht Hans Niebur, Sattler, Zägerstraße 31.

Portefeuller, nur wirklich tüchtigen Arbeiter auf Jagdrennter, sofort gesucht. Julius Göt, Lederwarenfabr., Ulm an der Donau. Einen durchaus perfekten Kammedel- und Sellenmacher, solche einen Sattler- und Tapezierer-gehilfen, der mit allen im Fach vorzukommenden Arbeiten vertraut ist, sucht Hans Niebur, Sattler, Iffert, Hensburg, Ostermarkt 22.

Portefeuller, tüchtige Kraft nicht unter 30 Jahre alt, auf seine Befugnis-, Seil- und Jagdrennter-lagen, Stelle dauernd, sucht Felix Kretz, Magdeburg, Lorenzweg 8.

Wir suchen eine Fortuna-Abwärmmaschine mit Glotzweiser, gebraucht, aber gut erhalten und bitten um Angabe in Preisangebots, Baujahr etc. Barmen Treibriemenfabr. Weher & Co., Barmen 1.

Suche zum sofortigen Eintritt 10-15 tältige Portefeuller, die auf Damenschäften u. weiche Arbeit eingearbeitet sind. H. Wilm, Seilwäbler, Lederwarenfabr. Nachen, Ulmsstr.

Tüchtige Cedermöbelarbeiter werden noch eingestellt. 2057 aber 2 Art. Briefen an Paul & Comp., Ethen a. d. Ruhr, Gagen 59.